Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 298. Freitag, den 21. Dezember 1849.

Da mit dem 1. Januar 1850 ein neues Abonnement auf unsere Zeitung beginnt, so werden die geehrten Leser derselben ersucht, ihren Pränumerationsschein bald gefälligst in unserer Expedition, Krautmarkt No. 1053, erneuern zu wollen. Der Pränumerationspreis für die Zeitung incl. **Provinzial-Anzeiger** beträgt pro Quartal **25 Sgr.**, für auswärtige Abonnenten 1 Thlr. 1½ Sgr.

Wer auf den Provinzial-Anzeiger **besonders** zu abonniren wünscht, zahlt **monatlich** in unserer Expedition 1½ Sgr., frei ins Haus geliefert 2½ Sgr.

Insertionen im Provinzial-Anzeiger: 6 Pf. die Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet.

Die Redaction.

Berlin, vom 21. Dezember.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem beim Appellationsgericht in Berlin angestellten Salarien-Kassen-Controlleur, Hofrath Karl Philipp Leberecht Peiche, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; und

Folgenden Herzoglich braunschweigischen Offizieren und Beamten Auszeichnungen zu verleihen: dem Ober-Stallmeister General von Girsewald, den Rothen Adler-Orden erster Klasse; dem Hof-Jägermeister von Veltheim den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse; den beiden Flügel-Adjutanten, Hauptmann von Girsewald und Hauptmann von Hohnhorst, den St. Johanniter-Orden.

Dem Rechts-Anwalt und Notar Harnisch zu Belgard ist die nachgesuchte einstweilige Entlassung von dem Amte als Rechts-Anwalt bei dem dortigen Kreisgerichte, unter Beibehaltung des Notariats in dem Departement des Appellationsgerichts zu Köslin, mit der Erlaubniß, seinen Wohnsitz zu Vorwerk Hansrode bei Falkenburg zu nehmen, ertheilt worden.

Deutschland.

Berlin, 20. Dezember. Die heutige Sitzung der **ersten Kammer** wurde um 11½ Uhr eröffnet.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Gesammt-Vorstandes über die Angelegenheit des Abg. Temme. Nach demselben ist die Sache noch in der Voruntersuchung begriffen, deshalb liegen nur die vom Oberstaatsanwalt gefertigten species facti vor. Aus denselben ergebe sich, daß Temme, nachdem er eine Rechtfertigungsschrift an den Justizminister gerichtet habe, nach Stuttgart gegangen sei, und der dort tagenden Versammlung beigewohnt habe. Hierin habe die Staatsanwaltschaft das Verbrechen des Hochverraths erkannt und verfolgen zu müssen geglaubt. Die Untersuchung sei deshalb verzögert worden, weil Temme jede Auslassung beharrlich verweigert habe. Schließlich trägt der Gesammtvorstand an: von der Befugniß des §. 83 in diesem Falle keinen Gebrauch zu machen, demnach den Abg. Temme nicht einzuberufen.

Abg. Strietborst beruft sich auf das in Königsberg von den Geschwornen gefällte Urtheil und verlangt, die Kammer möge mit Einhelligkeit Temme einberufen. (Bravo links. Lachen rechts.) Der Justizminister weist eine Bemerkung des Vorredners zurück, nach welcher Temme schon einmal „schmählich detinirt" sei. Die Tribüne sei kein Ort zu solchen Urtheilen. Man solle übrigens den Gang der Gerechtigkeit nicht unterbrechen. Abg. Kisker bittet: im Interesse des Angeklagten den gestellten Antrag anzunehmen. Abg. Martins meint, die Kammer müsse sich über den Richter stellen, sonst wäre der Art. 83 der Verfassung illusorisch. Es sei Pflicht, den Abg. Temme einzuberufen. Der Justizminister hält die Theorie des Vorredners für neu. Was das Urtheil der Königsberger Geschworenen betreffe, so wisse er nicht, ob der Herr Vorredner dem Geheimnisse der Ueberzeugungsbildung der Geschworenen beigewohnt habe.

Abg. v. Gerlach: Er habe immer für Privilegien gesprochen, heute müsse er gegen ein solches sprechen. Die Kammer dürfe in den Lauf der Justiz nicht eingreifen, so lange nicht dargethan ist, daß die Gerichtshöfe corrumpirt seien — und dies sei nicht behauptet worden. Abg. Hansemann wendet sich gegen den Justizminister. Die Tribüne sei gerade der Ort, wo ein Tadel gegen die Gerichte auszusprechen sei. Im Uebrigen schließt sich der Redner dem Commissions-Antrage an. Der Justizminister erklärt, er habe nur gegen einen Ausdruck Protest eingelegt, worauf der Präsident bemerkt: „So lange ich nach Ihrem Willen diesen Sitz einnehme, werde ich mir vorbehalten, allein zu bestimmen, wie weit die Freiheit der Rednerbühne gehen kann."

Der Antrag des Gesammt-Ausschusses wird mit großer Majorität angenommen, nur etwa sieben Mitglieder stimmen dagegen.

Der Minister der geistlichen Angelegenheiten bemerkt, daß er die Adresse der sieben Bischöfe in seiner Eigenschaft als Abgeordneter kennen gelernt habe. Die Bischöfe hätten wahrscheinlich seine Erklärungen in der 50sten Sitzung nicht gekannt. Wie sehr die Regierung Willens sei, der katholischen Kirche alle die Rechte einzuräumen, welche ihr nach der Verfassung zustehen, zeige der Erlaß vom 15. Dezember, den er gleichfalls auf den Tisch des Hauses niederlegen zu dürfen bitte.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ward durch fast einstimmige Annahme der Kreis-, Bezirks und Provinzial-Ordnung in der vorgeschlagenen Fassung erledigt.

Auch ein Antrag der Geschäftsordnung wird angenommen.

Die Kammer geht zum letzten Gegenstand der Tagesordnung, dem Petitionsberichte, über.

(Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung am 4. Januar.)

Berlin, 20. Dezember. Der zweiten Kammer ist folgender von sehr vielen Abgeordneten unterzeichnete Antrag übergeben worden. Die hohe Kammer wolle beschließen: bei der bevorstehenden Berathung der Gesetzes-Vorlagen, betreffend die Regelung der Grundsteuerverhältnisse, folgende Grundsätze festzuhalten: 1) daß sämmtliche Grundstücke im Staate der Grundsteuer unterworfen werden; 2) daß die Auflegung einer neuen Grundsteuer nur gegen billige Entschädigung erfolge. Motive. Die allgemeine Regelung der Grundsteuerverhältnisse ist von Seiten der Staatsregierung wiederholt in Aussicht gestellt worden; bei einer solchen ist das Festhalten obiger beiden Grundsätze durch die Gerechtigkeit geboten.

— Unsere gestern mitgetheilte, den Demokraten Ferdin. Thiele betreffende Beschuldigung finden wir uns veranlaßt zurückzunehmen, da der fragliche Thiele durch den Umstand in dies üble Renommee gekommen sein soll, daß er sich zufällig mit 5 berüchtigten Subjekten auf demselben Fahrzeuge einschiffte. (C. C.)

— Aus dem Regierungsbezirk Erfurt wird die unerfreuliche Erscheinung gemeldet, daß in neuerer Zeit außerordentlich viele Schulzen auf Entlassung aus ihrem Dienste angetragen haben. Der Grund dazu liegt jedenfalls in den gesteigerten Ansprüchen, welche an die Schulzen gemacht werden müssen, und daß die neuerdings erfolgte Herstellung der lange vernachlässigten gesetzlichen Ordnung im Steuererhebungs-Geschäfte allerdings den noch nicht daran gewöhnten Ortsbehörden lästig werden mag. Unter diesen Umständen ist nicht zu bezweifeln, daß die beabsichtigte Einführung einer Communal-Ordnung auf große Schwierigkeiten stoßen werde. (C. C.)

— Es dürfte nicht uninteressant sein, zu vernehmen, daß in der großartigen Maschinen-Bauanstalt von Borsig jetzt noch mehr als vor dem 18. März 1848 vollauf zu thun ist, und unter anderm gegenwärtig die 280ste Lokomotive gebaut wird. (D. R.)

— Gestern ist hierselbst die Tochter eines höheren Beamten verhaftet worden, weil sie eine Reihe von Ladendiebstählen, namentlich an Schmucksachen, verübt hat. Die junge Dame ist 26 Jahr alt, sehr gebildet und von sehr angenehmen Aeußeren.

Breslau, 18. Dezember. In vergangener Nacht sind 11 gemeine Verbrecher, worunter einer bereits zu lebenswieriger Zuchthausstrafe verurtheilt, aus dem hiesigen Inquisitoriatsgebäude ausgebrochen und haben sich in Freiheit gesetzt. Zu diesem Zweck haben sie eine 2 Fuß dicke Mauer, die an den Minoritenhof gränzt, nicht weit von der Thure durchbrochen, die Thüre selber aber unversehrt gelassen, um die davor stehende Schildwache nicht zu stören. Die Bestürzung unter den Gefängnißwärtern und Gefangen-Aufsehern mag keine geringe gewesen sein, und die Flüchtlinge mögen daran mit Schadenfreude gedacht haben; doch wird ohne Zweifel ihr Freude nicht lange dauern, da Steckbriefe ihnen wohl bald das Geleite geben und Gensd'armen und Polizeibeamte gegen sie sich in Thätigkeit setzen werden.

Königsberg, 14. Dezember. Am vergangenen Sonntag hat in

Danzig am Olivaer Thor eine förmliche Schlacht zwischen Steuer-Aufsehern und Mehldefraudanten stattgefunden. Erst eine Verstärkung von 20 Mann Militär verschaffte, und zwar erst nach heftigem Kampf, den 6 angegriffenen Steuer-Aufsehern den Sieg. — Vor einiger Zeit war in öffentlichen Blättern von einer Diebesbande die Rede, welche in der Gegend von Graudenz hausen und ihre verbrecherische Thätigkeit bis in die Gegend von Mewe, Thorn, Culm, Rosenberg, Marienwerder verbreitet hatte. Obwohl es gelungen war, fast alle Mitglieder dieser Genossenschaft zu verhaften, so hatte man doch nur sehr wenige der von ihr vermuthlich gestohlenen Gegenstände wieder erlangen können. Jetzt ist nun bei einer in der Gegend von Graudenz und Lessen unternommenen umfassenden Haussuchung ein ganzes Lager von Betten, Bettwäsche, grober und feiner Leinwand, Wäsche, feinen wollenen und seidenen Tüchern, Kleidungsstücken und unverarbeiteten Kleidungsstoffen aller Art aufgefunden, das vermuthlich der umfassenden Thätigkeit jener Freibeuter seine Entstehung dankt. Es sind bereits die erforderlichen Schritte gethan, um das nähere Sachverhältniß festzustellen.

Tilsit, 15. Dezember. Wir erhalten von der Grenze die verbürgte Nachricht, daß Krutinnis zu Anfang dieser Woche in einem Waldhause mit 7 von seinen Genossen gefangen und nach Georgenburg transportirt ist. Der russische Grenz-Kommissarius hat dem Rittmeister Plehwe in Wischwill dies Ereigniß anzeigen lassen, und der letztere, um der Gewißheit willen, einen Gensdarmen-Wachtmeister nach Georgenburg geschickt, der den Krutinnis rekognoszirt hat. (E. a. M.)

Münster, 17. Dezember. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung sich dahin entschieden, dem Majoritätsbeschlusse unserer Stadtverordneten, Herrn Waldeck das Ehrenbürgerrecht zu ertheilen, seine Genehmigung zu verweigern und es darf somit dieser Gegenstand als beseitigt betrachtet werden. (D. R.)

Dresden, 18. Dezember. Ueber die Sendung des General Gerlach an unsern Hof wird nunmehr wieder berichtet, daß der König von Sachsen sich habe bereitwillig finden lassen, falls die Haltung der sächsischen Bevölkerung fremde Hülfe verlangte, sich weder an Preußen noch an Oesterreich, sondern an die Bundeskommission in Frankfurt zu wenden. Dagegen beharrt man dabei, daß der Prinz Johann entschieden zum österreichischen Bündnisse dränge. (D. J.)

Leipzig, 15. Dezember. Die hiesigen Zeitungen enthalten folgende anscheinend offizielle Mittheilung: Aus sicherer Quelle kann man die in mehrere Zeitungen eingeflossene Nachricht über die Unterredung des Generals v. Gerlach mit einem sächsischen Prinzen dahin berichtigen, daß diese Unterredung zwar stattgefunden hat, die deutsche Frage aber und Alles, was damit zusammenhängt, gar nicht Gegenstand des Gesprächs gewesen ist. (Vergl. jedoch unter Dresden.)

Aus Mecklenburg, 18. Dezember. Die Kaufleute Mecklenburgs treten jetzt, wie die Handwerker im vorigen Jahre und schon früher thaten, in Vereinen zusammen, um sich über die für die nächste Ständekammer aus ihrer Mitte zu Erwählenden zu einigen. Die Handwerker werden nun entschiedene Gegner der Gewerbefreiheit, die Kaufleute aber zum großen Theile entschiedene Freunde der Handelsfreiheit wählen. Beide Fragen kommen in nächster Diät zur Sprache, sie werden zu heftigen Kämpfen Veranlassung geben, da sich hier die beiden Extreme berühren. In Mecklenburg ist der Zunftzwang am ausgebildesten; denn hier ist es fast nirgends auf dem platten Lande erlaubt, ein Handwerk zu treiben, wodurch das flache Land den Städten zinsbar ist und wodurch den Städten ein gewisser Wohlstand zu Theil wird. Die Handwerker opponiren nun mit aller Kraft gegen eine Aenderung dieses Zustandes und gerade die mecklenburgischen Handwerker waren es, welche auf dem Hamburgischen Gewerbe-Congresse am meisten gegen Gewerbefreiheit ankämpften, wogegen die preußischen Deputirten der Gewerbefreiheit das Wort redeten. Es läßt sich nun nicht abnehmen, daß die Zunftmeister ihre Ansichten in so kurzer Zeit geändert haben werden, sie werden selbst noch immer gegen eine Gewerbeordnung sein, da sie die Zünfte in ihrer alten Abgeschlossenheit fortbestehend wünschen. (C. Z.)

München, 15. Dezember. Vor einigen Tagen ist an die Königlich preußische Regierung von hier aus eine Note ergangen, worin das Königl. bayerische Ministerium die Ueberzeugung ausspricht, daß die Beschlüsse des Berliner Verwaltungsraths hinsichtlich der Berufung eines Reichstags dem deutschen Bundesrecht nicht gemäß seien, weshalb sich Bayern verpflichtet sehe, den in der österreischen Protestnote enthaltenen Verwahrungen sich anzuschließen. (A. Z.)

Aus dem Rheingau, 14. Dezember. Itzstein hat sein Besitzthum Hallgarten nebst allen seinen Weinvorräthen unter der Hand und plötzlich verkauft und hat, wie es heißt, um einem auf auswärtige Requisition erlassenen Haftbefehl auszuweichen, Nassau verlassen. Ob er es geheuer finden wird, dem demnächst zu eröffnenden badischen Landtage, dessen Mitglied er noch immer ist, beizuwohnen, darf bezweifelt werden. (D.Ref.)

Karlsruhe, 15. Dezember. Herr Oberst von Brandenstein, der übermorgen von hier scheidet, hat sein verdienstvolles Wirken am hiesigen Orte mit einem Akt der Humanität beschlossen, welcher ihm hier die allgemeinste Hochachtung erwarb. Bekanntlich war der zur Zeit der Revolution von der provisorischen Regierung zum Stadtkommandanten der hiesigen Residenz ernannte Kriegsministerialbeamte Reiniger nach dem Einrücken der preußischen Truppen in Karlsruhe verhaftet und wegen Theilnahme an den hochverrätherischen Umtrieben zur Untersuchung gezogen worden. Der Angeschuldigte hatte zwar in seiner Eigenschaft als Stadtkommandant der Stadt selbst wesentliche Dienste geleistet, die ihm auch Seitens der hiesigen Bürgerschaft die allgemeinste Theilnahme an seinem nachherigen Schicksal erwarben, allein die Thatsachen, daß er von der provisorischen Regierung eine Stelle angenommen und weiter auch sich als Mitglied bei dem sogenannten „Fortschrittsklub“ betheiligt hatte, sprachen so sehr gegen ihn, daß das Untersuchungsgericht seine von dem hiesigen Gemeinderath mehrfach befürwortete Freisprechung nicht beschließen konnte und er seiner demnächstigen Verurtheilung entgegensah. Als nun vorgestern Herr von Brandenstein eine Abschiedsaudienz bei dem Großherzog hatte und ihn Se. Königl. Hoheit fragte, ob er ihm nicht als Zeichen seiner Anerkennung und Dankbarkeit irgend einen Wunsch erfüllen könne, erbat sich Herr von Brandenstein von der Gnade des Fürsten Reinigers Freilassung. Der Großherzog erfüllte diesen edlen Wunsch sofort und gestern früh schon war R. auf freiem Fuße. Diese That ist mehr als Etwas geeignet, die Verdächtigungen, mit welchen die Handlungen preußischer Offiziere von anderer Seite her so gern verfolgt werden, aufs Schlagendste zu entkräften. (D.R.)

Karlsruhe, 16. Dezember. Die hiesige Bürgerschaft hat dem seitherigen Stadtkommandanten vor seinem Scheiden noch schließlich ihre Dankbarkeit für sein mehrmonatliches Wirken bezeugen wollen und dies gestern Abend durch eine solenne Nachtmusik ins Werk gesetzt. Durch einen Major der Bürgerwehr wurde Herr v. Brandenstein im Namen derselben angeredet und ihm auf das Wärmste für seine vielfachen Bemühungen um das Wohl der Stadt gedankt, zum Schluß auch ein Hoch gebracht, das bei den Anwesenden ein tausendstimmiges Echo fand. Der auf diese Weise Gefeierte erwiederte seinen Dank in einer Rede, in welcher er die Bürger ermahnte, fest zu halten an den Grundsätzen der Treue und der Gesetzlichkeit, durch welche sie sich seither so ausgezeichnet und in den Zeiten des Sturmes bewährt hätten, und schließlich die Versicherung aussprach, daß er das Andenken an seinen Aufenthalt in der hiesigen Stadt, aus welcher scheiden zu müssen er bedauere, stets in freudiger Erinnerung bewahren würde. Von Seiten des kommandirenden Generals Freiherrn von Schreckenstein war Herrn von Brandenstein gestern Mittag ein großes Diner gegeben worden. Der Prinz von Preußen wird im Laufe der nächsten Tage hier erwartet. (D. R.)

Rastatt, 15. Dezember. Ein in den Casematten gefangen sitzender Soldat machte neulich einen sinnreichen Befreiungsversuch. Er verfertigte aus Holz einen Säbel, umwickelte dessen Griff und Zwinge mit Stroh, und hing denselben an einem leinenen Riemen um die Schulter. In diesem Aufzuge begab er sich in der Morgendämmerung an das Thor des Bastions, und passirte dasselbe ohne Aufenthalt als Unteroffizier der Aufsicht. Bei seinem scheuen Umsehen jedoch, und den langen Schritten, die er anschlug, rief ihm ein außenstehender Posten ein gebieterisches Halt zu, und der Arme wurde wieder zurückgebracht, woher er gekommen. Die Anzahl der Gefangenen wird übermorgen durch die Heimkehr der Hessen-Darmstädter und Frankfurter auf beinahe vierhundert herabgebracht. (Lloyd.)

Neustadt, 12. Dezember. Es werden zehn neue Bataillone gebildet werden, aus den Altersklassen von 43, 44 und 45, wozu außer den alten gedienten Soldaten auch die 26- bis 30-jährigen gehören; die Mannschaft ist bereits da, es bedarf nur der Einberufung, und diese wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen Statt finden. Die schleswig-holsteinische Armee wird demnach bei Wiederbeginn des Krieges 23 Infanterie-Bataillone, 7 Jägerkorps, 3 Regimenter Cavallerie und entsprechende Artillerie zählen; Tillisch hat somit die treffliche Armee in seinem Briefe nach Kopenhagen um ein Drittel zu gering angeschlagen. — Der preußische Sekonde-Lieutenant Baron Hoffmann v. Sandes hat die Tochter des Besitzers von Hasselburg, Oberst-Lieutenants v. Ernst, mit einer bedeutenden Mitgift geheirathet. (Köln.Z.)

Oesterreich.

Wien, 18. Dezember. Nachrichten aus dem österreichischen Italien lauten nicht weniger als befriedigend. Denselben zufolge soll allenthalben ein revolutionärer Geist sich wieder bemerkbar machen, der wenig geeignet ist, die Hoffnung zu beleben, daß das schwergeprüfte Land in kurzer Zeit der Segnungen eines konstitutionell geordneten Zustandes werde theilhaftig werden.

— Wie ich höre, sind vom Militärgerichte abermals mehrere Kontumazurtheile gefällt worden, unter anderen auch gegen den bekannten Dr. Tausenau, das auf den Tod durch den Strang lautet. Tausenau befindet sich jetzt in England und zwar in sehr bedrängten Umständen.

— Am 10ten d. sind zwei reformirte Prediger, Toth und Hajdu, wegen Hochverraths zum Tode durch den Strang verurtheilt, jedoch zu 20-jähriger Festungsstrafe in Eisen begnadigt worden.

— Die Eisdecke der Donau hat sich durch das unerwartet eingetroffene Frühlingswetter gebrochen, und ist bis auf weniges Treibeis spurlos verschwunden. Mehrere mit Holz und Waaren beladene Ruderschiffe sind aus den oberen Donaugegenden bereits angekommen und es steht zu erwarten, daß die Wasserstraße auf längere Zeit der theilweisen Benutzung offen bleiben wird.

— Mit dem Tode des Erzherzogs Ferdinand d'Este wird die Hoffnung auf die Fortpflanzung des Mannesstammes in dem Hause Este zu Grabe getragen. Er hinterläßt nur eine Tochter. Die Ehe seines Bruders, des regierenden Herzogs von Modena, Franz V., ist bisher kinderlos, und wenn sie es bleibt, fällt das Herzogthum Modena nach seinem Tode, laut den Bestimmungen der Wiener Kongreß-Akte, an Oesterreich. Außer den genannten sind von der Familie Este noch folgende Glieder am Leben: Die Gemahlin des verstorbenen Erzherzogs, Maria Beatrix, Gemahlin des Infanten Juan Carlos von Bourbon und des Vaters Geschwister, Leopoldine, Ferdinand und Maximilian. — Ferdinand Karl Viktor, K. K. F.-M.-L. und Inhaber des 26. Inf.-Regts., starb in einem Alter von 28½ Jahren. Er hinterläßt eine liebenswürdige 18jährige Gemahlin, mit der er am 4. Okt. 1847 vermählt wurde.

— Das Constitutionelle Blatt a. B. sagt: „In Pesth gründete Haynau eine Stiftung für verkrüppelte Soldaten, zur Hälfte der Kaiserlichen Armee, zur Hälfte der Insurgenten. Wir können dem überraschenden Edelmuth, der auch für die Unglücklichen sorgt, die früher unserer Armee als Feinde gegenüberstanden, unsere vollste Anerkennung nicht versagen. Alle Berichte, wie sie uns noch bis jetzt aus den italienischen Provinzen zugekommen sind, kommen darin überein, daß die Stimmung der dortigen Bevölkerung keineswegs eine erfreuliche sei. Die enge Verbindung der Polizei-Behörde mit den militairischen Kommanden wird als eine Maßregel bezeichnet, die eben nicht zu den besten Hoffnungen berechtigt.“

— Ein Adjutant Kossuths, Alexander Asbot, berichtigt in einem Schreiben an die „Times“ vom 5. d. mehrere über Kossuth verbreitete Gerüchte und erzählt, daß Kossuth bei seiner Flucht aus Arad 1000 Dukaten besessen habe und vom Finanzminister Duschek, der damals einen Werth von 5 Millionen Gulden in Barren mit sich führte, seinen Gehaltsrückstand im Belaufe von 33,000 Gulden zu verlangen hatte. Von dieser Summe habe er nur 5000 Gulden für seine Mutter angewiesen. Die ungarische Krone sei von der Reichstags-Commission versiegelt dem verantwortlichen Minister (welchem?) übergeben worden. — Kossuth selbst habe die Krone nie gesehen. Der erwähnte Adjutant behauptet ferner,

daß Kossuth nur mit Mühe bewogen werden konnte, den ihm stipulirten Gehalt von 200,000 fl. anzunehmen. (Ll.)

— Zufolge Nachrichten aus Konstantinopel vom 8. d. hatte das am 7. d. erfolgte Einlaufen eines französischen Dampfschiffes zu dem Gerücht veranlaßt, daß das Zurückziehen der französischen Flotte im Werke sei. Weiterhin wird von fortwährenden starken Rüstungen von Seite der Pforte gesprochen, die bereits 250,000 Mann unter den Waffen haben soll. Man wollte wissen, daß sich englische Offiziere in der türkischen Marine verwenden ließen. (D. R.)

Pesth, 15. Dezember. „Die Revolution mußte erdrückt und von ihren Leitern gebüßt werden; nun Beides geschehen, werde Gnade an die Stelle des Rechts treten.“ Diese Worte werden hier allgemein dem Armee-Obercommandanten in den Mund gelegt. So wurden gestern wieder zahlreiche Gefangene ihrer Haft entlassen. Desgleichen ist für die freiwillige Ablieferung der Kossuthnoten ein neuer Termin bis zum letzten Dezember 1849 angesetzt, nach dessen Ablauf gegen die heimlichen Eigenthümer derselben mit der größten Strenge verfahren werden soll.

Triest, 13. Dezember. Soeben wurde mir von einer glaubwürdigen Person folgender Vorfall erzählt: Ein Matrose von einem kaiserlichen Kriegsschiff begegnete in St. André fünf französischen Matrosen vom Dampfer „Pluton,“ mit denen er sich in ein Gespräch einließ. „Wozu seid Ihr wieder hergekommen,“ fragte er unter andern, „Ihr wollt wahrscheinlich wieder kundschaften. Gebt nur Acht, unser alte Radetzky wird noch zu Lande nach Frankreich gehen und Euch das Handwerk legen.“ Die Franzosen fingen an zu lachen, meinend, da müßten wenigstens fünf Oesterreicher auf einen Franzosen kommen. Das ärgerte den Matrosen und er rief, indem er sich die Aermel aufstreifte: „Wir wollen doch sehen, ob es nicht ein Oesterreicher mit fünf Franzosen aufnehmen kann.“ Es entspann sich nun zwischen dem erbosten Dalmatiner und den französischen Matrosen ein Faustkampf, in welchem diese eine entschiedene Niederlage erlitten und aus dem Felde geschlagen wurden. — Unwahrscheinlich ist diese Erzählung schon deshalb nicht, weil ich aus früheren Mittheilungen der Marine-Offiziere erfahren habe, wie groß die Popularität unseres greisen Helden bei den dalmatinischen Matrosen ist. Seine Thaten bilden das unerschöpfliche Thema ihrer Abendgespräche, und werden in manchem Lied besungen. Auch die Verschiedenheit der Sprache begründet keinen Zweifel, indem der Pluton seit zwei Jahren beinahe stets in ital. Häfen sich aufhielt und die franz. Matrosen desselben ein ziemlich verständliches Italienisch gelernt haben. (Lld.)

Dänemark.

Kopenhagen, 14. Dezember. Graf Baudissin-Borstel der Jüngere ist mit einem Schreiben der Statthalterschaft in Kopenhagen eingetroffen, es wird darin auf eine Zusammenkunft von Vertrauensmännern angetragen, und es soll sogar eine Liste von solchen Männern, die dem König-Herzoge genehm sein möchten, überreicht worden sein. Die Berlingsche Zeitung erklärt, der Minister des Innern habe keinen Bericht des Herrn v. Tillisch erhalten, aber es sei wahrscheinlich eine Verwechselung: eine energische Collektivnote der drei Kommissarien an ihre Regierungen, worin sie den fast anarchischen Zustand Südschleswigs schilderten und sich über den Mangel an Unterstützung von Seiten des preußischen Militairs beschwerten, sei allerdings eingelaufen.

Dem Vernehmen nach hat Lord Palmerston sich dahin ausgesprochen, daß die „Gefion“ während des Waffenstillstandes, sei es unter welcher Flagge es wolle, nicht aus dem Eckernförder Hafen hinweggeführt werden könne. (B. Z.)

Schweiz.

Genf. Die Demolirung der Festungswerke ist trotz des von der Bundesversammlung erlassenen Beschlusses bei der Porte-de-Rive begonnen worden. (Z. Z.)

Niederlande.

Aus dem Haag, 14. Dezember. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer der Generalstaaten gab der Minister des Innern einige Erläuterungen über den Beitritt der Niederlande zu dem am 30. Sept. zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossenen Interims-Vertrag. Er erklärte, daß in Folge der gemachten Vorbehalte die Uebermacht jener beiden Staaten nicht zu fürchten sei; auch sei man durch die Art, in welcher der Beitritt erfolgte, in den Stand gesetzt, sich zu jeder Zeit auf ehrenhafte und zweckmäßige Weise aus allen möglichen Wirrnissen herauszuziehen.

Frankreich.

Paris, 16. Dezember. Louis Philipp arbeitet in diesem Augenblicke an einer Schrift zur Rechtfertigung seiner Regierung. Die aus ihrer freiwilligen Verbannung zurückgekehrten ehemaligen Minister Louis Philipps haben alle die Versicherung mitgebracht, daß derselbe seine Ansprüche an den Thron von Frankreich aufgegeben habe. Der Rath der Minister selbst, sowie seiner ergebensten Anhänger überhaupt, hat ihn dazu bestimmt. Namentlich hat Guizot, wie versichert wird, in dieser Hinsicht sehr auf ihn eingewirkt und eines Tages geradezu gesagt: „Nehmen Sie Ihren Rang als Bourbone ein, entsagen Sie Allem als Orleans.“

— Man erzählte heute, der Präsident der Repubilk habe jüngst die Einladung zu einem Balle bei einem Finanzmann abgelehnt und hinzugefügt: „Man hat von Carl X. gesagt, daß er auf die Jagd gehe, von Louis Philipp, daß er nur gehe, um bauen zu lassen, von der provisorischen Regierung, daß sie gar nicht gehe. Ich will nicht haben, daß man von mir sage, daß ich nur auf Bälle gehe.“

Paris, 17. Dezember. (Sitzung der National-Versammlung.) Man bemerkt schon frühzeitig die Zuschauertribünen und die Bänke der National-Versammlung gefüllt. Zu Anfang der Sitzung berichtigt der Finanzminister Achille Fould einige von Manguin angeführte Ziffern in Bezug auf die Getränkesteuer und liest dann das Schreiben eines Bürgermeisters aus dem Marne-Departement vor, wonach die Agitation gegen die Getränkesteuer ganz künstlich und die Petitionen durch alle möglichen Kunstgriffe zusammengebracht wären. Hierauf ergreift Jules Favre das Wort. „Als aus dem Lande 173,000 Stimmen sich erhoben hatten, um die konstituirende National-Versammlung auseinander zu treiben, hatte diese Seite der Versammlung (auf die Rechte deutend) nichts mehr am Herzen, als sich vor dieser Kundgebung des Volkswillens zu beugen. Jetzt, da fast eine Million Stimmen sich gegen die Getränkesteuer erheben, hat man keine andere Antwort als Verachtung und Beleidigung. Allein die Aufregung im Lande existirt und es reicht nicht hin, sie zu leugnen. Die gegenwärtige Diskussion hat auch noch eine andere Wichtigkeit. Sie berührt das Budget der Einnahmen, von denen es sich darum handelt, 100 Millionen wegzuschneiden oder sie dabei zu lassen. Dies führt nothwendig zur Diskussion des Ausgaben-Budgets, von dem wir bis jetzt auffallender Weise so gut wie gar Nichts wissen. Wer bürgt Ihnen dafür, daß durch irgend eine unvorhergesehene Ersparniß in den Ausgaben, nachdem Sie die Unpopularität der Beibehaltung der Getränkesteuer über sich genommen haben, Ihr Votum nicht wieder rückgängig gemacht wird? daß nicht ein neuer präsidentieller Donnerschlag ausbricht? und daß nicht die gegenwärtigen Minister, ohne es zu wissen und besonders ohne es zu wollen, plötzlich durch andere ersetzt werden, deren erste Handlung ist, die Wiederherstellung der Getränkesteuer zurückzuziehen? (Heiterkeit und Bewegung.) Der Redner wiederholt hierauf die bekannten Beschwerden gegen die Getränkesteuer. Auf den Einwand, daß man die 100 Millionen nicht entbehren könne, entgegnet er: „Wenn Ihr 100 Millionen braucht, so nehmt sie wo sie sind und erhebt sie nicht von dem Elend des Armen in progressivem Maaßstab. Warum hat man keine anderen finanziellen Hülfsquellen vorbereitet? Es scheint, daß man absichtlich bis fast zum 1. Januar gewartet hat, um uns die Pistole auf die Brust setzen zu können, indem man uns zuruft: „Wir brauchen das Geld!“ Hier geht der Redner die Ersparnisse durch, die in den Ausgaben gemacht werden könnten. „Ihr wollt die Finanzen des Landes beschweren und desorganisiren, um hernach die Republik dafür anzuklagen.“ (Lebhafter Widerspruch und Ausbruch des Zorns auf der Rechten.) Zuletzt vertheidigt noch Jules Favre die Konstituirende gegen die von Montalembert und Leon Faucher ihr gemachten Vorwürfe, daß sie unmittelbar vor ihrem Auseinandergehn die Getränkesteuer abgeschafft und der Gesetzgebenden ein verderbliches Vermächtniß damit gemacht habe. „Es ist ja auf eure Veranlassung“, ruft Jules Favre, gegen die Rechte gewandt, aus, daß die Konstituirende den Fehler begangen hat, den die Nachwelt ihr vorwerfen wird, den Fehler, euch den Platz abgetreten zu haben.“ (Große Aufregung auf der Rechten, rauschender Beifall auf der Linken.) „Ihr werft dieser Konstituirenden ihre Ohnmacht vor, und ihr, was habt ihr denn gethan? Nichts! Ihr habt keine der großen Fragen gelöst, deren Lösung das Volk von euch erwartete, und Gott gebe, daß die Geschichte euch nicht einst beschuldige, den Aufruhr hervorgerufen zu haben.“ (Bravo auf der Linken. Großer Tumult auf der Rechten: Zur Ordnung! zur Ordnung!) Der Redner erklärt seine Aeußerung dahin, daß er den Mitgliedern der Majorität keineswegs die Absicht der Aufreizung zum Bürgerkrieg habe zur Last legen wollen. „Früher oder später werden wir vor unsern Richtern erscheinen, und wenn wir unserm Mandat nicht treu gewesen sind, wenn wir keine der furchtbaren Aufgaben gelöst haben, die uns das Elend und die Armuth stellen, so werden wir in der Wahlurne unangenehme Enttäuschungen, was sage ich? vielleicht eine jener furchtbaren Katastrophen der Volksrache finden, deren wir wohl nicht Herr sein dürften.“ (Murren und Ausdrücke des Mißfallens rechts, dreifache Beifallssalve auf der Linken. Längere Unterbrechung.) — Beugnot legt den Ausschuß-Bericht über den Gesetz-Entwurf, die Ernennung und Absetzung der Volksschullehrer betreffend, auf den Präsidententisch nieder. Man wundert sich über die schleunige Abfassung dieses Berichtes. — Hierauf spricht der gewesene Finanzminister Passy für die Getränkesteuer, jedoch unter Rügung vieler Mängel an derselben und mit dem Verlangen einer ernstlichen Untersuchung über die anzubringenden Reformen. — Der Präsident kündigt an, daß er den Bericht des Staatsraths über den Gesetzentwurf zur Organisation des öffentlichen Unterrichts erhalten hat. — Von allen Seiten wird der Schluß der Diskussion über die Getränkesteuer verlangt und durch Abstimmung einmüthig ausgesprochen. Es wird hierauf über die Vorfrage, welche die Haupt-Entscheidung in sich enthält: ob zur Diskussion der einzelnen Artikel geschritten werden soll? votirt. Es ergeben sich dafür (d. h. für die Beibehaltung der Getränkesteuer bis auf allenfallsige Verbesserungs-Anträge zu dem Regierungsprojekt) 445 Stimmen, dagegen 220. — Die Versammlung trennt sich um 6 Uhr in lebhafter Aufregung.

— Man erzählt, daß Herr Guizot jüngst von einem Volksvertreter gefragt wurde, was er in Frankreich verändert finde. „Nichts“, soll die Antwort gewesen sein, „als die Dynastie. Aber ich habe den Haß der Parteien lebhafter und die Starrköpfigkeit gewisser Leute größer gefunden als jemals.“

Italien.

Von der italienischen Grenze, 12. Dezember. Ein unheimlicher Geist zuckt bereits wieder durch das Volk am Fuße der Alpen, es kömmt wieder jene fieberhafte Stimmung zum Vorschein, wie sie in Italien stets den Ereignissen voranzugehen pflegt, ohne daß man eigentlich weiß, in welcher Gestalt der revolutionaire Drang sich offenbaren dürfte, da das Geheimniß hier mehr als anderswo bewahrt wird. Dann gereicht oft der geringste Anlaß zum Vorwand ernster Ruhestörungen, wie z. B. die Händel einiger betrunkenen Train-Soldaten in Pojeno, einem Dorfe bei Verona, wo der Aufruhr nur durch militairisches Einschreiten gedämpft werden konnte. Auffallend jedoch ist die drohende Haltung der Venetianer, die kaum die Leiden jener langwierigen Belagerung hinter sich haben und noch vor Kurzem als besonders friedfertig und resignirt galten. Die Soldaten sind häufig Geldbestechungen ausgesetzt, denen vorerst nur assentirte Honveds zu unterliegen scheinen, aber man kennt die feinen Verführungskünste der schlauen Welschen zu gut, um nicht davon schlimme Folgen zu befürchten. In jeder Kaserne steht Tag und Nacht eine Compagnie schlagfertig in Bereitschaft und die Forts haben scharfe Munition in reichlicher Menge erhalten. Häufig hört man jetzt das Schlagwort in venetianischer Sprache: „Bisato si, focaccia no!“ (Aalfisch ja, Osterkuchen nein! was ungefähr so viel sagen will, als zu Weihnachten seid ihr wohl noch hier, aber zu Ostern nicht mehr.) Diese mystische Prophezeihung ist jetzt das, was im vorigen Jahre das Geschrei Morte di Tedeschi war und ist jedenfalls die von den geheimen Leitern der Bewegung ausgetheilte Parole, durch welche die Menge in Spannung erhalten und für künftige Dinge vorbereitet werden soll. Ein starkes Förderungsmittel der Agitation sind die Tresorscheine, die eine allgemeine Erbitterung erregen, zumal die Postbehörden und andere Aemter sich weigern, dieses Papiergeld zu wechseln, wahrscheinlich aus Mangel an Metallmünze, allein der mißtrauische Italiener erblickt in dieser Weigerung das boshafte und unehrliche Bestreben, das Land mit Papier zu überschwemmen, selbst aber das Silber an

sich zu ziehen. Nebenbei wird der Schmuggel gegenwärtig, wo die Aussicht wegen Beibehaltung des Freihafen-Privilegiums verschwindet, ganz öffentlich betrieben, um jene Waarenvorräthe, die noch von früherer Zeit hier lagern, rasch los zu werden, ehe noch die Pflicht der Nachverzollung eintritt. Die Douaniers stehen durchweg mit den Schmugglern im Einverständniß, da diese bei dem reichlichen Gewinn, den der Schleichhandel abwirft, den Zollhütern namhafte Summen bieten könnten. (Bresl. Z.)

Venedig, 12. Dezember. Man spricht hier fortwährend von beabsichtigten Unruhen. Gestern, heißt es, seien in der Gegend von Tolentini zwei Schüsse gefallen, welche auf Schildwachen gezielt waren. In der gestrigen Nacht wurde Alarm geschlagen, wahrscheinlich nur, um die Truppen wach zu halten, und der Bevölkerung zu zeigen, daß man sich nicht überrumpeln lassen würde. 600 Mann stehen Tag und Nacht in Bereitschaft, und es sind überhaupt die strengsten Maßregeln getroffen. — Der Viceadmiral Dahlrup ist mit mehreren Offizieren und Beamten der Marine hier angekommen, wie es heißt, zur Regelung des Marine-Kriegswesens in Venedig. Nach Aeußerung mehrerer Marine-Offiziere, wird das Marine-Collegium und das Arsenal in Venedig belassen werden, es wäre übrigens auch nicht so leicht, anderswo ein so geeignetes Gebäude zu finden oder zu bauen, wie das weltberühmte Arsenal von Venedig.

Venedig, 15. Dezember. Ein schrecklicher Mord, der heute an einem Offizier im Arsenal verübt wurde, versetzt die ganze Stadt in die höchste Bestürzung. Der Mord an und für sich verdiente keine Beachtung, wenn er nicht von Umständen begleitet wäre, die in Verbindung mit andern nicht zu verkennenden Erscheinungen wahrhaftig wenig Garantie für die Ruhe Venedigs, von der alle Journale des Lobes voll waren, darbieten. — Der Hergang war, so wie mir aus glaubwürdiger Quelle berichtet wurde, in aller Kurze folgender: Ein Arsenalarbeiter, ein Mann von 64 Jahren, bekleidete unter der provisorischen Regierung das Amt eines Nosteuomo (Arbeiter-Aufseher), das ihm die jetzige Regierung aus triftigen Gründen nicht anvertrauen wollte. Seit vierzehn Tagen bewarb er sich vergebens um einen Dienst, und als er heute um 9 Uhr früh vom Intendanten wieder eine abschlägige Antwort erhalten hatte, stürzte er sich auf den zufällig anwesenden Inspektions-Offizier, den Marine-Oberlieutenant Griesner, und stieß ihm ein großes Messer tief in die Brust, so daß dieser nach einigen Minuten verschied. — Mit demselben Mordinstrumente versetzte er dem hinzukommenden Lieutenant mehrere Stichwunden am Oberarme. — Die herbeieilende Wache war nicht im Stande, sich seiner Person zu bemächtigen, und daher genöthigt, Feuer zu geben, da er Miene machte, sich in den Arbeitssaal zu stürzen; er fiel von zwei Kugeln getroffen, und soll vor seinem Tode noch die Worte ausgerufen haben: „cosi muore un republicano." Einigen Berichten zufolge, hat er sich noch früher, bevor ihn die Kugeln ereilt hatten, mit demselben Stilet den Tod gegeben. So viel ist gewiß, daß er eine dreifarbige Schärpe um den Leib geschlungen, und schon am frühen Morgen die Arbeiter durch Reden gegen die Regierung aufzuwiegeln versucht hatte.

Spanien.

— Nach dem El Pais soll eine Schweizerlegion von 8000 Mann, von spanischen Offizieren befehligt, gebildet werden; sie soll zum Schutz des heiligen Vaters dienen. 500 Mann der spanischen Armee in Italien sind am 4. Dezember mit dem Kriegsschiff Leon in Barcelona angekommen.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 8. Dezember. Es gewinnt den Anschein, als wolle Rußland im kommenden Frühjahre seine Pläne auf die byzantinischen Länder zur Ausführung bringen. Kaiser Nikolaus mag, der alten Tradition zufolge, zu einer mehr als 25jährigen Regierung kein rechtes Vertrauen haben und sich daher die Aufgabe stellen, das große, immerhin unerläßliche Werk auszuführen, zu dem er allerdings eher berufen sein dürfte, als sein Nachfolger auf dem Throne. So viel scheint festzustehen, daß bei zwei Armee-Corps, die in Polen stehen, alle Vorbereitungen getroffen werden sollen, um mit beginnendem Frühling den Marsch nach der untern Donau oder dem schwarzen Meere antreten zu können. In Sebastopol sammelt sich die Flotte, und von Odessa werden bereits Truppen und Vorräthe hinübergeschafft, die wahrscheinlich die Bestimmung haben, eventuell zu Wasser nach den Dardanellen gebracht zu werden, um dem russischen Gouvernement den Punkt in Europa zu sichern, der für dasselbe den hochsten Werth haben muß.
(A. A. Z.)

Kalisch, 11. Dezember. Daß die Zahl der Emigranten aus dem Königreich Polen sehr groß ist, steht außer Zweifel, aber dieselbe wird vielleicht übertrieben auf 56,000 waffenfähige Männer angegeben, welche in und außerhalb Europa zerstreut sind. Die mit Tode abgegangenen Emigranten des Jahres 1831 sind seitdem nicht allein durch häufige Desertionen der Militärpflichtigen aus dem Königreich ersetzt worden, sondern auch alle im Auslande geborenen Kinder der ausgewanderten Polen gehören mit zu dem großen Polenbunde, welcher bei allen Revolutionen seine Hand im Spiele hat, und nur das Elend, die gänzliche Mittellosigkeit vieler Mitglieder und die Hindernisse der Reise verhinderten bisher die massenhafte Concentrirung desselben nach einem Punkte. Die Erhebung in Galizien im Jahre 1846, die Revolution im Großherzogthum Posen und der Aufstand in Ungarn lockten, trotz der strengen Ueberwachung der Russischen Grenze, Tausende von Waffenfähigen aus dem Königreiche. Viele derselben haben ihr Vaterland mit Zurücklassung eines ansehnlichen Vermögens verlassen und mussen jetzt zum Theil von sehr dürftigen Unterstützungen ihr Leben fristen. Auch in Nordamerika ist die Lage der dort zerstreuten Polen eine sehr traurige, wie dies hierher gelangte Briefe aus den freien Staaten schildern. (C. Bl. a. Bl.)

Türkei.

Konstantinopel, 1. Dezember. Die türkischen Truppen haben bekanntlich die kleine Walachei verlassen; kaum waren sie aber abgezogen, so rückten die Russen ein. Aus Rustschuk schreibt man hierüber unterm 18. November, daß die Meinungen getheilt seien. Nach Einigen wollen die Russen das Land förmlich occupiren, nach Andern wollen sie sich blos verproviantiren. (Wand.)

Vermischte Nachrichten.

Stettin, 19. Dezember. (7te Sitzung des Schwurgerichts.) Die Gerichtspersonen sind dieselben. Der Staatsanwalt Krätschell fungirt. Die Rechtsanwälte Dr. Zachariae, Triest, Pitzschky, Hoffmann, Heidemann sind Vertheidiger der auf der Bank der Angeklagten befindlichen 8 Personen: 1) Arbeitsmann Karl Rosinsky, 29 Jahr alt, katholisch, aus Grünhof; 2) dessen Ehefrau, Louise Henriette Rosinska, geb. Kamecke, evangelisch, 31 Jahr alt; 3) der Arbeitsmann Joh. Schramm, gen. Wendorf, von Grünhof, 40 Jahr alt, evangelisch, verheirathet, Vater eines Kindes; 4) seine Frau Johanne Friederike Schramm, geb. Rosinska, Schwester des Rosinsky; 5) Arbeitsmann Joh. Kowalewsky von Grünhof; 6) seine Frau Karoline Wilhelmine geb. Kamecke, Schwester der Frau des Rosinsky; 7) der Matrose Joh. Theod. Ferd. Kublank, 32 Jahr alt, evangelisch; 8) die verehelichte Caroline Baumann, geb. Wegener, 26 Jahr alt, evangelisch. Als Geschworene werden erwählt: Wilsnach, v. Dewitz, Fischer, Nüske, Teitge, v. Ramin, de la Barre, Taetz, Paalzow, Didier, Colberg, Krahnstöver, Hildach, v. Katte, Metzenthin. Sämmtliche Angeklagte, welche schon zum Theil mehrfach bestraft worden sind, die Baumann und Kowalewska ausgenommen, sind verschiedener Diebstähle und Diebeshehlerei beschuldigt. Die Anklage wird vom Gerichtsschreiber Burwieg verlesen. Sie lautet dahin: 1) In der Nacht des 27. Dezember v. J. geschah in die Wohnung des Bauern Panzlaff ein gewaltsamer Einbruch, wobei 13 Thaler Geld und Wäsche im Werth von 300 Thlr. gestohlen wurden; 2) in der Nacht des 20. März v. J. wurde dem Partikulier Seeger zu Neuendorf vermittelst Einbruchs Silber und Kleidungsstücke, 80 Thlr. an Werth, gestohlen. 3) In der Nacht des 14. April d. J. wurden bei dem Eigenthümer Rosenow auf Kupfermühle mittelst Einbruchs aus einem Stalle Enten und Hühner, 9 Thlr. werth, gestohlen. 4) Dem Schulzen David Wegener zu Scheune wurden in der Nacht des 16. April aus einem unbewohnten Gebäude Speck und Würste, 30 Thlr. werth. gestohlen. 5) Der Verdacht fiel zunächst auf die Schramm'schen gen. Wendorf'schen Eheleute; als die Haussuchung bei dieser Statt fand, wurde der Gensd'armes Genz von der verehelichten Rosinska bei Ausübung seines Amtes beleidigt. Die Angeklagten sind bei den genannten Diebstählen mehr oder minder betheiligt gewesen. Dennoch betheuern sie nach der Reihe ihre Unschuld und wissen durch allerlei Scheingründe ihre Behauptungen zu stützen. Die Vernehmung der Be- und Entlastungszeugen dauert bis 5 Uhr Abends, da auf den Antrag des Rechtsanwalts Triest noch 7 Entlastungszeugen zu hören sind, so wird die Verhandlung erst am folgenden Tage beendigt werden. (Forsetzung folgt.)

Stettin, 21. Dezember. Gestern Abend trafen mit dem Stargard-Posener Eisenbahnzuge die ausexerzirten Rekruten des 18ten Infanterie-Regiments (circa 600 Mann) hier ein und wurden auf der Lastadie einquartiert. Heute Morgen gegen 8 Uhr wurden dieselben mit dem Bahnzuge nach Berlin weiter befördert, um sich von da aus nach ihrem am Rhein stehenden Regimente zu begeben.

— In Bezug auf das Inserat in einer früheren Nummer dieser Ztg. betreffend die Exekution wegen verweigerter Jahrgeldszahlung an die Pfarre und Küsterei in Beelitz, Pyritzer Kreises, wird in Stelle meines Vaters, des dortigen Pfarrers, der unter seiner Würde hält, mit der Beantwortung eines anonym gegen ihn erlassenen, eben so gehässigen, als unwahren Aufsatzes sich selber zu befassen, zur Beurtheilung jenes Machwerks und zur Steuer der Wahrheit Folgendes von mir erwidert:

Die Exekution wurde von den Jahrgeldempfängern nicht nachgesucht, um, wie Anonymus glauben machen will, diese Abgabe von einigen restirenden armen Familien zu erpressen, sondern im Jahre 1848 wurde diese durch Matrikel und uralte Observanz begründete Abgabe an die Pfarre und Küsterei (letztere interessirt dabei mit $\frac{1}{3}$) von sammtlichen Frei- und Instleuten verweigert und als rechtbestehend bezweifelt. Es war daher Sache des Patronats, resp. der Königl. Regierung, die Gerechtsame dieser Stiftungen zu wahren, zu welchem Zwecke die Maßregeln der Exekution von dieser Behörde veranlaßt wurde.

Anonymus gefällt sich darin, die Gebührensätze doppelt hoch anzuführen; das Jahrgeld macht nicht 15 sgr. pr. Person, sondern $7\frac{1}{2}$ sgr. für jede erwachsene Person, wovon Pastor 5 sgr. und Küster $2\frac{1}{2}$ sgr. bezieht. Auch ist die Pfarre nicht eine der fettesten, die Angabe von 3- bis 4000 Thlr. Einkommen ist aus dem Winde gegriffen — Herr Superintendent Carmesin in Babbin war so freundlich, durch nachstehendes Attest die wirkliche Einnahme zu bezeugen. Daß Pastor einer blutarmen Wittwe, für die der kommandirende Offizier, der Kreis-Sekretair und der Exekutor das Jahrgeld bezahlt haben sollen, dasselbe nicht erlassen wollte, ist eine boshafte Erdichtung. Daß Pastor in zehn anderen Fällen, wo er rechtzeitig darum ersucht wurde und wirklich Armuth vorhanden war, die Abgabe gern erließ, verschweigt der Berichterstatter.

Hiernach ist das angeführte Inserat eine eben so gehässige, als unwahre Entstellung der Thatsachen und Verhältnisse.

Wartenberg, den 13ten Dezember 1849.

Werner Stephani.

Abschrift.

Die Abgabe in der Insertion der Vossischen Zeitung, daß das Einkommen der Pfarre in Beelitz sich auf 3—4000 Thlr. beliefe, muß ich, da ich diese Pfarre selbst 36 Jahre verwaltet, für ganz falsch bezeugen und bescheinige, daß dieselbe höchstens 900 Thlr. einträgt.

Babbin, den 13ten Dezember 1849.

Carmesin,
Superintendent und Pfarrer.

Greiffenberg. Die Plathe-Treptower Chaussee berührt in einer Länge von $4\frac{1}{2}$ Meilen unsere Stadt und soll bis Colberg fortgesetzt werden. Im J. 1847 begonnen, sind die Planirungen bis Treptow vollendet, die Steinschüttungen zwischen hier und Plathe ausgeführt und etwa $\frac{3}{4}$ Meilen von Plathe ab schon der Benutzung übergeben.

Greifenhagen. Die Chaussee von hier nach Bahn wird hoffentlich im nächsten Frühjahr fertig werden; $2\frac{1}{4}$ Meile können bereits befahren werden.

Bublitz. In der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung ist der Antrag gestellt (und auch angenommen?) worden, Waldeck das Ehrenbürgerrecht von Bublitz zu verleihen.

Cöslin. In der General-Versammlung des Treubundes hierselbst am 2ten Dezember waren die Reichstagswahlen an der Tagesordnung. Es wurde dringend aufgefordert, sich an denselben im Sinne der Regierung zu betheiligen. Es wurde auch mitgetheilt, daß der Hauptverein des Treubundes in Berlin Verbindungen in fast allen deutschen Ländern (Baiern, Sachsen, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin ausgenommen) angeknüpft habe. (A. P. V.-Bl.)

Breslau, 17. Dezember. Nach Berichten aus Brasilien, Ostindien, und auch Java soll die dortige Kaffee-Erndte so gering ausgefallen sein, daß man dieses Jahr gegen 14 Mill. Pfund Kaffee weniger geerndtet habe, als in andern Jahren. Die Kaffee-Preise sind deshalb in Hamburg und Holland bereits bedeutend in die Höhe gegangen.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.